

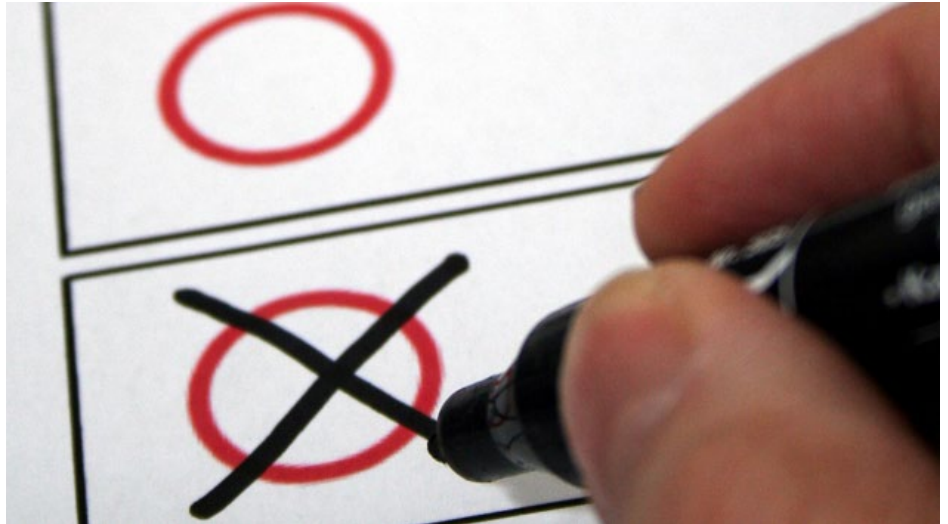
Liebe Freunde der Freien Wähler in der Region, sehr geehrte Damen und Herren,

die Parteienlandschaft ist in Bewegung, wenn auch in die falsche Richtung. Eine Partei, die sich „Freie Wähler“ nennt, will zur Bundestagswahl antreten. Sie missbraucht dazu gezielt unseren guten Namen. In dieser Ausgabe des Newsletters nehmen wir dazu klar Stellung. Eine Neugründung ist die „Alternative für Deutschland“, die mit reinem Populismus die Europroblematik zur Wählergewinnung nutzen möchte. Sie wird wohl kaum auf kommunaler Ebene antreten.

Dort sind und bleiben wir Freien Wähler die bestimmende Kraft. Wir werden diese Position weiter ausbauen – dank unabhängiger und vor Ort verankerter Persönlichkeiten, die sich ausschließlich am Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger und der Kommunen ausrichten. Dazu gilt es, rechtzeitig in die Vorbereitung der Kommunalwahl 2014 einzutreten. Unsere herzliche Bitte: Sprechen Sie in einer Zeit, die unsere Städte, Gemeinden und Landkreise, aber auch den Verband Region Stuttgart, vor große Herausforderungen stellt, engagierte Persönlichkeiten aus allen Bereichen der örtlichen Gemeinschaft auf ihre Mitwirkung an. Wir brauchen nicht nur für die Wahl, sondern für unsere tägliche Arbeit in den kommunalen Gremien deren Wissen und den Erfahrungsschatz. Das ist unsere Stärke.

Freundliche Grüße
Ihre Regionalfraktion

Andreas Hesky, Peter Aichinger, Alfred Bachofer, Karl-Heinz Balzer, Frank Buß, Dr. Dieter Deuschle, Wilfried Dölker, Rainer Gessler, Joachim Hülscher, Heinz Kälberer, Jochen Kretschmaier, Rolf Kurfess, Bernhard Maier, Markus Nau, Thomas Sprißler, Norbert Wiedmann.



Die Region Stuttgart bereitet sich auf die Kommunalwahl 2014 vor

Noch ist es nicht amtlich, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit wird die Europawahl in Deutschland am 25. Mai 2014 stattfinden. Leider ist zu erwarten, dass die grün-rote Landesregierung die Kommunalwahl auf den gleichen Termin legen wird. Als „offizielle“ Begründung wurde in der Vergangenheit die Vermeidung von zu vielen Wahlterminen und eine höhere Wahlbeteiligung für die Europawahl genannt. Tatsächlich versprechen sich die Parteien, die mit öffentlichen Geldern einen aufwendigen Wahlkampf betreiben können, davon handfeste Vorteile.

Dem werden wir Freie Wähler wie in der Vergangenheit unsere kommunalpolitische Erfahrung und einen Kreis von Kandidatinnen und Kandidaten entgegenstellen, die sich ohne parteipolitische Zwänge für das Gemeinwohl einsetzen wollen. Nach dem erfolgreichen Beispiel der vergangenen Wahlen haben wir auf regionaler Ebene eine Arbeitsgemeinschaft mit Vertretern aus den Land-

kreisen und der Stadt Stuttgart gebildet. Diese AG Wahl koordiniert die Vorbereitungen und stellt die Verbindung zur Kreis- und Ortsebene her. Sie wird vom Geschäftsführer der Regionalfraktion, BM Bernd Dürr aus Bondorf, geleitet. Es haben bereits mehrere Sitzungen stattgefunden.

Hier eine Information über den aktuellen Stand der Vorbereitungen:

Wahlwerbung

Nach der erfolgreichen Zusammenarbeit bei den zurückliegenden Wahlen wurde erneut die Agentur Wager aus Altenriet mit der Wahlwerbekonzeption beauftragt. Die von Wager vorgelegten Entwürfe sind hervorragend gelungen und fanden die Zustimmung der AG Wahl. Sie werden Eingang finden in eine DVD, die wieder den Kreis- und Ortsverbänden zur Nutzung angeboten wird. Die Konditionen werden wir rechtzeitig veröffentlichen. Fraktionen und Ortsvereine, die Mitglied des Landesverbands sind oder werden, können die DVD zu deutlich günstigeren Bedingungen erwerben. Die Mitgliedschaft, die schon wegen des ständigen Informationsflusses einen Gewinn darstellt, wird dadurch noch attraktiver.

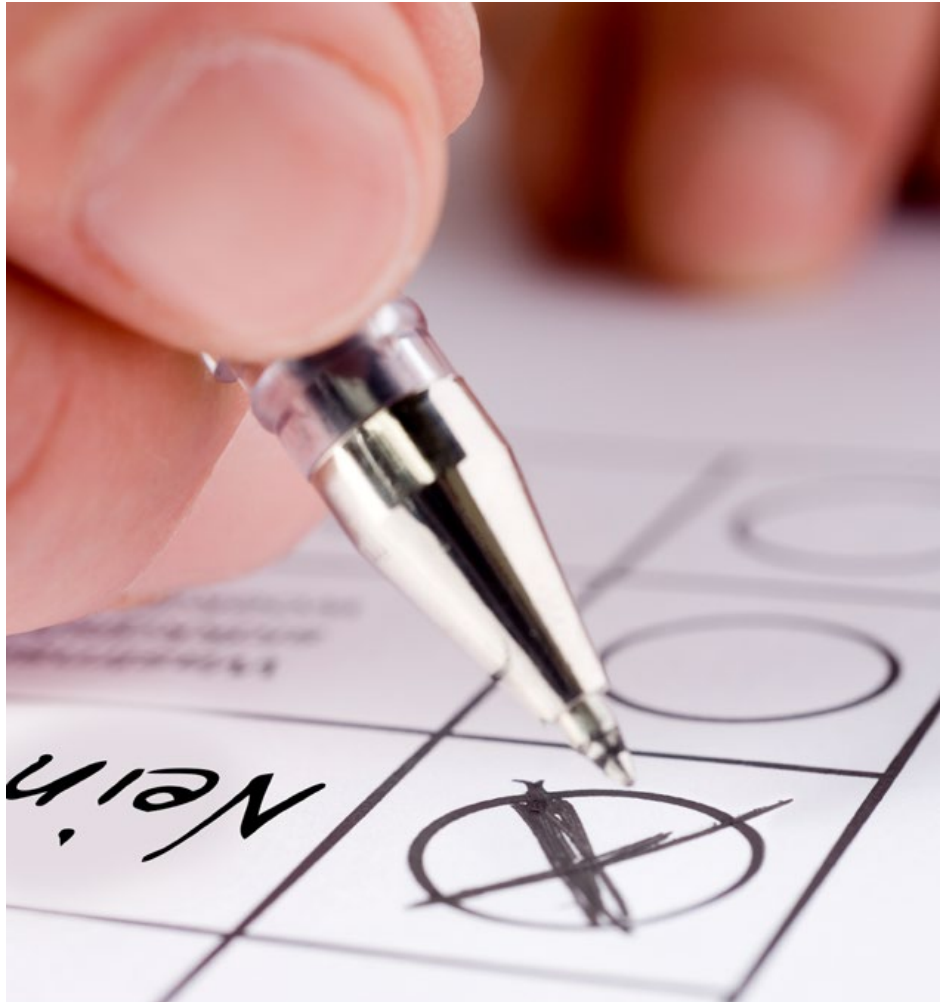
Die Kreisverbände bereiten derzeit Informationsveranstaltungen vor, in deren Rahmen das Wahlwerbekonzept von der Agentur Wager und den Kreisvorsitzenden vorgestellt wird. Daraus gewonnene Erkenntnisse werden selbstverständlich noch in die Endfassung einfließen.

Um eine qualitätvolle Plakatierung zu gewährleisten, werden wie in der Vergangenheit Kunststoffplakate kostenlos zur Verfügung gestellt (voraussichtlich zwei Plakate je 750 Einwohner). Ein Mehrbedarf kann zu günstigen Bedingungen geordert werden. Selbstverständlich werden auch diesmal Papierplakate in den üblichen Formaten angeboten.

Vorläufiger Terminplan

- Vor der Sommerpause: Vorstellung der Wahlwerbelinie in den Landkreisen.
- Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten: Sollte unverzüglich begonnen werden.
- Regionalkonferenz am 14. Oktober im Landkreis Ludwigsburg (Schwerpunktthemen Windkraft und großflächige Gewerbegebiete)
- Bis 1.12.2013: Für die Regional- und Kreistagswahl müssen alle Fotos, Texte und Zustimmungserklärungen der Kandidatinnen und Kandidaten vorliegen.
- Die förmliche Aufstellung der Listen für die Kreistagswahl und die Regionalwahl sollte nach Möglichkeit bis zum 1.12.2013 erfolgt sein. Einreichung voraussichtlich ab Mitte März 2014 möglich.

Wir werden regelmäßig über unseren Newsletter bzw. ergänzend durch Rundmails über die Wahlvorbereitungen berichten.



Freie Wähler als Partei – nicht mit uns!

Die Freien Wähler in der Region Stuttgart distanzieren sich entschieden von der sog. „Freien-Wähler-Partei“. Diese Partei hat es sich zum Ziel gesetzt bei der Bundestagswahl im September anzutreten. Dabei bemächtigt sich diese Partei gegen den erklärten Willen der wirklichen FREIEN WÄHLER des Namens „Freie Wähler“, der urheberrechtlich leider nicht geschützt werden kann.

Der Landesverband der Freien Wähler in Baden-Württemberg hat sich in einer Mitgliederversammlung mit 96 % der

Stimmen von der Teilnahme an Wahlen oberhalb der kommunalen Ebene distanziert. Er ist aus dem Bundesverband ausgetreten, als dieser 2009 beschloss, sich an den Europawahlen zu beteiligen – ein Votum übrigens gegen die Stimmen der Delegierten aus Baden-Württemberg.

Die Regionalfraktion betont ausdrücklich, dass die Freien Wähler unter dem Dach des Landesverbandes Baden-Württemberg weiterhin das bleiben, was sie immer waren: Eine verlässliche kommunalpolitische Kraft von Persönlichkeiten, die sich einer unabhängigen Sachpolitik verpflichtet fühlen. Sie richten sich nur am örtlichen Wohl der Bürgerinnen und

Bürger aus. DIE WIRKLICHEN FREIEN WÄHLER SIND ÜBERPARTEILICH UNDAUSSCHLIESSLICH KOMMUNAL! Wenn sich nun eine neue Partei „Freie Wähler“ nennt, so steht zwar „Freie Wähler“ drauf – es sind aber keine „Freie Wähler“ drin, so der Fraktionsvorsitzende, Oberbürgermeister Andreas Hesky aus Waiblingen.

Er bezeichnet diesen Etikettenschwindel mit dem guten Namen der Freien Wähler in Baden-Württemberg als rein politisch motivierte Trittbrettfahrerei. „Unsere Wählerinnen und Wähler kennen die Persönlichkeiten, die sich als Mandatsträger und Kandidaten für das öffentliche Wohl einsetzen und werden auf diese Täuschung nicht hereinfallen“, zeigt er sich überzeugt.

Die wirklichen Freien Wähler in Baden-Württemberg, die über 45 % aller Mitglieder in den Gemeinderäten, ein Viertel der Mitglieder in allen Kreistagen und eine starke Fraktion im Verband Region Stuttgart stellen, werden weiterhin eine verlässliche und sachorientierte Kommunalpolitik, ausschließlich in den Gemeinderäten, Kreistagen unseres Landes und im Verband Region Stuttgart machen.

S 21: Keine zweitklassige Lösung für den Filderbahnhof!

Zusammen mit den Fraktionen von CDU, SPD und FDP hat die Regionalfraktion der Freien Wähler am 20.3.1013 einen Dringlichkeitsantrag in den Verkehrsausschuss eingebracht und gegen die Stimmen der Grünen und der Linken beschlossen.

Der Beschluss hat folgenden Wortlaut:

„Der Verkehrsausschuss des Verbands Region Stuttgart bittet die Landesregierung, dass sie unter Berücksichtigung der positiven Aspekte eines Bahnhofs unter der Flughafenstraße zu einer finanziellen Beteiligung des Landes an dieser Variante bereit ist. Gleichzeitig erklärt der Verband seine Bereitschaft eine gemessen an der Gesamtfinanzierung angemessene Beteiligung, beizustellen.“

Die Bahn erwartet eine Aussage der Projektpartner, ob eine Bereitschaft zur Mitfinanzierung der Variante Flughafenstraße besteht. Diese Variante entspricht auch dem von der Landesregierung initiierten Filder-

dialog als konsensfähige Lösung, allerdings mit Mehrkosten von 224 Mio Euro. Ohne finanzielle Beteiligung müsste die Bahn die ursprüngliche Variante zur Planfeststellung einreichen. Der Verkehrsminister hat bisher eine finanzielle Beteiligung des Landes an den Mehrkosten abgelehnt, weil er „den verkehrlichen Nutzen nicht erkenne“.

Diese Haltung ist völlig unverständlich, zumal gerade dieser Verkehrsminister den Antragsbahnhof mehrfach und zu Recht als „MURKS“ bezeichnet hat. Nicht nur, dass die von den Grünen so vielgepriesene Bürgerbeteiligung ignoriert wird, es besteht auch die Gefahr, dass eine zweitrangige Lösung verwirklicht wird, die große verkehrspolitische Chancen für die Zukunft ein für alle mal verbaut.

Der Antragsbahnhof sieht eine Doppelnutzung des bestehenden S-Bahnhofs für aus und in Richtung Zürich fahrende Regional- und Fernbahnzüge vor. Der neue Bahnhof für Regional- und Fernzüge in der Relation München-Stuttgart würde etwa 170 m nördlich des Terminals und der bestehenden Station gebaut werden und liegt fast 30 m unter der Erde. Er kann nur mit Aufzügen erreicht



werden. Ein Umsteigen der Fahrgäste ist nur mit besonderen Schwierigkeiten und Verwirrungen möglich. Die Züge aus Richtung Böblingen könnten nicht auf die Neubaustrecke geleitet werden, eine Tangentialverbindung Böblingen-Neckartal zur Entlastung des Stuttgarter Kessels wäre dauerhaft verbaut.

Bei der Variante Flughafenstraße kommt der neue Bahnhof höhengleich unmittelbar neben dem bestehenden S-Bahnhof zu liegen. Es gibt eine saubere Trennung zwischen S-Bahn und Regional- und Fernzügen. Die Umsteigebeziehung ist klar und einfach, außerdem wäre die Station bei weitem nicht so tief unter der Erde, was auch mit Blick auf den Brandschutz von Vorteil wäre. Die Option einer Tangentialverbindung Böblingen-Neckartal bleibt für die Zukunft gewahrt und damit die Chance auf eine Entlastung des Hauptbahnhofs und der S-Bahn Stammstrecke in der Innenstadt. Nur mit dieser Variante ist die Möglichkeit einer perfekten neuen Drehscheibe für den öffentlichen Verkehr auf den Fildern in der Zukunft gegeben.

Wir Freien Wähler sind der Meinung, dass man hier im Begriff ist, eine einmalige Gelegenheit für eine zukunftsgerichtete verkehrliche Lösung von höchster landespolitischer Bedeutung zu verspielen. Es bleibt unbegreiflich, dass ein Verkehrsminister aus Rechthaberei um S-21 nicht in der Lage ist, diese Vorteile zu erkennen und sich in positivem Sinne in die Diskussion einzuschalten. Natürlich wird der Verkehr eisenbahntechnisch auch mit der Antragstrasse funktionieren. Zukunftsgerecht und nutzerfreundlich ist diese Lösung aber nicht. Diese Voraussetzungen erfüllt nur der Filderbahnhof unter der Flughafenstrasse. Er ist ein Sonderwunsch aus höchstem landespolitischem Interesse. Dies rechtfertigt auch aus den genannten Gründen eine Sonderfinanzierung außerhalb der Projektfinanzierung. Aus

regionalem Interesse ist eine Beteiligung des Verbands Region Stuttgart in der bisherigen Relation zu vertreten.

Die Mehrheiten im Land und in der Region für eine solche Lösung sind eindeutig. Bleibt nur zu hoffen, dass Koalitionszwänge und machtpolitische Erwägungen die verkehrspolitische Zukunft in der Landesmitte nicht für alle Zeiten verbauen. „Herr schmeiß Hirn ra“ (Zitat: OB a.D. Manfred Rommel).

Bernhard Maier

Bernhard Maier: Wofür steht der Stuttgarter OB Fritz Kuhn? Für seine Stadt oder für die Partei?

Er sollte bei S 21 klar Flagge zeigen!

Für die Regionalfraktion der Freien Wähler gehört deren Sprecher für Verkehrsfragen, Landrat a.D. Bernhard Maier, auch dem Aufsichtsrat des VVS an. Dort stand vor kurzem die Wahl des neuen Aufsichtsratsvorsitzenden an, nachdem der bisherige Vorsitzende und Stuttgarter OB Wolfgang Schuster ausgeschieden war. Vorgeschlagen wurde sein Nachfolger im Amt, der neue Stuttgarter OB Fritz Kuhn. Bernhard Maier hat vor der Wahl folgende Stellungnahme abgegeben und sein Votum begründet, dem künftigen Vorsitzenden seine Stimme nicht zu geben.

„Im VVS Aufsichtsrat sind wir, trotz manchmal gegenteiliger Meinungen, immer fair und offen miteinander umgegangen, deshalb will ich hier vor der Wahl auch offen meine Meinung äußern

Ich kann Sie, Herr Oberbürgermeister Kuhn, nicht als Vorsitzenden dieses

Aufsichtsrats wählen und will das auch kurz begründen. Lassen Sie mich vorausschicken, dass ich es ausdrücklich anerkenne, dass der Stuttgarter OB als Vertreter des größten Gesellschafters den Vorsitz im AR führt. Das ist gute Tradition und davon lassen sich sicher auch viele der Aufsichtsräte heute leiten. Andererseits muss man beim Vorsitzenden in wichtigen Grundsatzfragen auch die klare Mehrheitsmeinung dieses Gremiums und den klaren Willen zur Förderung des regionalen ÖPNV erkennen. Ich sage ganz offen, dass mir dies bei Ihren bisherigen Äußerungen, insbesondere im Zusammenhang mit S 21, nicht gelungen ist.

Sie erklären, dass Sie den Individualverkehr in der Stadt um 20% zugunsten des ÖPNV reduzieren wollen. Das bedeutet notwendigerweise eine Verdoppelung der Kapazitäten im ÖPNV. Gleichzeitig sagen Sie, dass man sich bei S 21 auf die Suche nach Alternativen begeben muss. Sie behindern mit Tun und Lassen den Projektfortgang erheblich. Ich muss bekennen, dass ich das nicht zusammenbringe.

Der ÖPNV in der Region ist von der Infrastruktur her gesehen, insbesondere im Nord-Süd Verkehr, an der Kapazitätsgrenze. Die einzige Perspektive für eine Entlastung ergibt sich im Zusammenhang mit S 21 und den Verbesserungen im Regionalverkehr. Alle Ausbauprojekte auf der S-Bahn hängen an diesem Projekt. Unsere ganze Arbeit in diesem Gremium und in der Region ist darauf ausgerichtet. Mehr ÖPNV geht nur mit S 21!

Alle Alternativen, die übrigens hinreichend geprüft sind, bedeuten jahrzehntelangen Stillstand und ein Scheitern unserer Bemühungen, mehr Menschen in absehbarer Zeit auf den öffentlichen Nahverkehr zu bringen. Das ist das Gegenteil von dem was wir hier

im Aufsichtsrat wollen. Sie werden als Rechtfertigung sofort die Kostenfrage ziehen. Darum geht es jedoch nicht. Wer nicht mehr bestellt und nicht mehr Kosten verursacht, kann über die Verträge hinaus auch nicht dafür haftbar gemacht werden. Auf dieser Basis hat das Ergebnis der Volksabstimmung nach wie vor Bestand. Es geht um die Grundhaltung und das Benutzen von S 21 für politische Effekte. Dazu ist das Projekt für unsere Region jedoch zu wichtig.

Vom Aufsichtsratsvorsitzenden des VVS als Führungsspieler des ÖPNV erwarte ich hierzu eine klarere Position, als bisher erkennbar war. Das sind die Gründe für meine Haltung und ich bitte dafür um Verständnis.“

Verkehrsminister Hermann beerdigt den Nordost-Ring

Die Landesregierung verschließt die Augen vor der Realität

Der Großraum Stuttgart ist bundesweit Spitze bei den Verkehrsstaus. Kein gutes Aushängeschild für einen Wirt-

schaftsstandort europäischen Ausmaßes. Betrachtet man die Verkehrsbelastung im Straßennetz wird schnell klar, wo ein Kernpunkt des Problems liegt. Im Nordosten der Region gibt es keine leistungsfähige Tangentiale.

Nach wie vor fehlt eine flüssige Verbindung von den Mittelzentren im Westen (Böblingen, Leonberg, Ludwigsburg) in den Osten (Waiblingen, Fellbach, Schorndorf). Nach wie vor führt der Weg mitten durch die Landeshauptstadt oder über nicht ausgebaute Landesstraßen über den Neckar bei Remseck. Der tägliche Verkehrskollaps ist dort zu besichtigen.

Schon der Regionalverkehrsplan aus dem Jahre 2001 sieht hier, nach vielen vorausgegangenen Untersuchungen, eine Verbindung zwischen den Mittelzentren Ludwigsburg und Waiblingen vor. Wirklich angepackt hat der Träger der Straßenbaulast, das Land, dieses Thema aber nur zögerlich. Widerstreitende lokale Interessen, die dort eine große Rolle spielen, sind nun einmal keine Antriebskräfte für neue Straßen. Lokale Interessen und Proteste übertönen häufig, wie dieses Beispiel zeigt, überörtliche Belange einer ganzen Raumschaft. Immerhin hat der frühere Regierungspräsident

Andriof mit der Auftragsvergabe für eine Brückenplanung bei Remseck eine erste Marke für eine Nordostumfahrung im dortigen Bereich gesetzt. Mit dem Hinweis auf „neue Untersuchungen“ für diesen Raum hat der neue Verkehrsminister des Landes diese Überlegungen schnell wieder in die Schublade verschwinden lassen. Seither herrscht Schweigen, nur die Messstelle bei Remseck zählt still vor sich hin, täglich quälen sich mehr als 30 000 Fahrzeuge durch ein völlig unzureichendes Verkehrsnetz mit Staus und Schleichwegen.

Nun aber ist wieder eine entscheidende Weichenstellung angesagt. Bis zum Herbst kann das Land im Berliner Verkehrsministerium anmelden, welche Autobahnen oder Bundesstraßen in unserem Land von 2015 bis 2030 neu gebaut oder ausgebaut werden sollen. Verkehrsminister Hermann hat dieser Tage seinen Entwurf vorgelegt, der nun in die Anhörung geht.

Nun zaubert der Minister eine andere Lösung für den Nordosten aus dem Hut. Weil auch ihm klar ist, dass es an dieser Ecke klemmt, soll nun ganz im Norden der Region die L 1115 Backnang-Mundelsheim zur 4-spurigen B 29 ertüchtigt werden. Ein Schachzug, der durchsichtiger nicht sein könnte. Eine Landesstraße, die man seit Jahren sträflich vernachlässigt hat und deren Ausbau unzweifelhaft ansteht, wird mal wieder nach Berlin in die Trägerschaft des Bundes abgeschoben! Dort wird man sich herzlich bedanken. Von einer Verbindung Ludwigsburg-Waiblingen als dringendste und vorrangige Landesaufgabe im Straßennetz der Kernregion ist keine Rede mehr. Sie ist im Verkehrsministerium längst beerdigt, das Ergebnis der (was weiß ich wievielen) Verkehrszählung spielt längst keine Rolle mehr. Der Verkehrsminister wäscht seine



Hände in Unschuld, er hat ja einen Vorschlag gemacht, wenn nichts passiert sind ja die Anderen verantwortlich. Vor der eigenen Haustüre, in der Herzkammer des Wirtschaftsstandorts, weicht er seinen Pflichtaufgaben aus. Dadurch wird in diesem Raum überhaupt nichts mehr realisiert. Die Folge, ein Verkehrszustand, wie er schlimmer nicht sein könnte, wird auf Jahre zementiert, die Verantwortung wird hin und her geschoben. Das kann auch zur Methode werden, wenn man keine Straßen mehr bauen will. Den Menschen im Stau ist jedenfalls damit nicht geholfen

Das Thema ist jedoch zu wichtig, um in politischen Winkelzügen unterzugehen. Wir Freien Wähler werden im Verkehrsausschuss des Verbands Region Stuttgart, im neuen Regionalverkehrsplan und im heranstehenden Kommunalwahlkampf den Finger in die Wunde unerfüllter Landesaufgaben legen. Von Verkehrsminister Hermann, aber auch von Ministerpräsident Kretschmann, erwarten wir mehr als den Ausbau von Radwegen und das Abschieben der Verantwortung. Wir erwarten vor allem schlüssige Antworten und Taten für die drängendsten Verkehrsprobleme im Kern unserer Region und des Landes.

Bernhard Maier

Berlin ist nicht „arm aber sexy“, sondern „sexy dank Geld aus Bayern, Baden-Württemberg und Hessen“

Wann hat die Ungerechtigkeit im Länderfinanzausgleich ein Ende? Dies fragen sich nicht nur die Landesparlamente in den Geberländern Bayern und Hessen, sondern die Landkreise und Gemeinden, aber auch die Bürgerinnen und Bürger, in Baden-Württemberg. Unser Land ist mit einer Zahllast von 2,7 Milliarden € in 2012 neben Bayern (3,9 Milliarden) und Hessen (1,3 Milliarden) schon traditionell eines der größten Mitfinanzierer der übrigen Bundesländer. Um einigermaßen gleichwertige Lebensbedingungen in den Ländern sicher zu stellen, ist der Finanzausgleich ein verfassungsmäßig garantiertes und notwendiges Instrument. Zwischenzeitlich hat sich aber ein Ungleichgewicht eingestellt, das genau diese Verfassungsmäßigkeit in Frage stellt. Es muss daher schon verwundern, dass sich Baden-Württemberg „vornehm“ zurückhält und lieber auf wenig aussichtsreiche Verhandlungen setzt.

Der Blick muss sich zunächst auf die Bundeshauptstadt Berlin richten. Deren Finanzierung hat sich in kaum fassbare

Dimensionen entwickelt. Im Jahr 2011 hat Berlin sage und schreibe 40 % des Ausgleichsvolumens oder rd. 3,3 Milliarden € kassiert. Begründet wird dies u.a. mit den Hauptstadtfunktionen Berlins. Diese auszugleichen kann aber nicht allein Sache der Geberländer sein. Der Bund muss sich hier im Wege einer Sonderfinanzierung beteiligen.

Besonders ärgerlich ist der doch recht unbekümmerte Umgang Berlins mit unseren Steuergeldern, Stichwort „Großflughafen“. Es gibt noch viele andere Beispiele. In unseren Landkreisen, Städten und Gemeinden fehlt das Geld an allen Ecken und Enden. Schulentwicklung, Kinderbetreuung, Soziallasten, Öffentlicher Personennahverkehr.., um nur einige Bereiche zu nennen. Wen man sich die Infrastruktur und Leistungen in den sog. „armen“ Ländern ansieht (Beitragsfreiheit in Kinderbetreuungseinrichtungen, luxuriöse öffentliche Bauten usw.) dann verkehren sich manchmal die Vorzeichen.

„Ich frage mich wirklich, ob unsere Landesregierung die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft entschlossen genug vertritt. Wir Freien Wähler in allen Kommunalparlamenten stehen für Wirtschaftlichkeit und sparsames Haushalten. Wenn dieser Maßstab überall angelegt würde, könnte der Länderfinanzausgleich deutlich reduziert



werden“ erklärt der Fraktionsvorsitzende Andreas Hesky. Es müsse von der Landesregierung erwartet werden, dass sie dieses Anliegen nicht ideologisch oder gar parteipolitisch vertrete, sondern sich mit Bayern und Hessen solidarisch erkläre.

„Im Klartext: Wenn Verhandlungen nicht helfen, muss die Verfassungsmäßigkeit der jetzigen Ausgleichsregelung auf den Prüfstand. Es muss sonst der Eindruck entstehen, dass die Belange unseres dank des Fleißes der Menschen und der Kreativität der Wirtschaft gut aufgestellten Landes Baden-Württemberg durch die Regierung nicht ausreichend gewahrt werden“, macht Alfred Bachofer, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, deutlich.

Freie Wähler im Raum Ludwigsburg,
Waiblingen und Remseck am Neckar:

Wir brauchen Investitionen in Schiene und Straße

Zu ihrem regelmäßigen kommunalpolitischen Meinungsaustausch trafen sich die Freien Wähler aus Ludwigsburg, Waiblingen und Remseck am Neckar Anfang März im Ludwigsburger Rathaus. Neben der Zusammenarbeit der Städte auf dem Gebiet der Energieversorgung, die durch die jüngst erfolgte Vergabe der Remsecker Stromkonzession an die Stadtwerke Waiblingen begonnen hat, standen wie nicht anders zu erwarten Fragen des Verkehrs und der damit verbundenen Schadstoff- und Lärmbelastungen im Zentrum des Gesprächs.

Helga Schneller, stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Ludwigsburger Gemeinderat, verwies auf die Rüge, welche die EU-Kommission der Landesregierung erteilt hat, weil sie mit den Maß-

nahmen der Luftreinhaltung auch im Ballungsraum Stuttgart in Verzug ist und forderte einmal mehr: „Nur durch den Bau der Nord-Ost-Umfahrung Stuttgart ist eine durchgreifende Verbesserung bei Lärm- und Schadstoff-Emissionen in unseren drei Städten zu erwarten“. Andreas Hesky, Oberbürgermeister von Waiblingen und Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler in der Regionalversammlung, unterstrich diese Forderung mit der dringenden Notwendigkeit, für die Wirtschaft in unserem Raum ein tragfähiges Straßennetz zu entwickeln. „Die Verbindung der Wirtschaftsräume Waiblingen/Fellbach einerseits und Ludwigsburg/Kornwestheim andererseits durch eine leistungsfähige Straße ist dringend notwendig“, so OB Hesky.

Dass auch für die Stadt Remseck am Neckar diese Forderung von zentraler Bedeutung ist, unterstrich der Erste Bürgermeister Remsecks, Karl-Heinz Balzer, mit dem Hinweis auf die geplante Entwicklung der Neuen Mitte Remsecks als zentrales städtebauliches Thema der nächsten Generation. „Auch die im letzten Herbst vom Land veranlassten Verkehrszählungen werden belegen, dass insbesondere der weit überdurchschnittliche Schwerlastverkehr auf der Neckarbrücke sich nicht mit unseren Planungen verträgt“ stellte EBM Balzer klar.

Einvernehmen bestand auch bei der Frage der Stadtbahnverlängerung von Remseck-Aldingen über Pattonville zum Bahnhof Ludwigsburg. Die Ergebnisse der vom Landkreis beauftragten neuerlichen Wirtschaftlichkeitsberechnung stehen zwar noch aus, aber der als Gast anwesende Ludwigsburger Baubürgermeister Hans Schmid skizzierte Trassenvarianten im Ludwigsburger Stadtgebiet, die die Chance haben, im Ludwigsburger Gemeinderat Mehrheiten zu finden. Ein Thema, das die drei Städte in Zukunft miteinander gestalten wollen, ist

die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energieversorgung. Nachdem der Remsecker Gemeinderat vor wenigen Wochen die Konzession für die Stromversorgung in der Stadt an die Stadtwerke Waiblingen vergeben hat und diese die Aufgabe in Kooperation mit den Stadtwerken Ludwigsburg/Kornwestheim in Angriff nehmen wollen, ist die Basis dafür gelegt. Der Remsecker Freie Wähler-Fraktionsvorsitzende Gerhard Waldbauer dazu: „Wir stehen am Beginn einer beispielhaften interkommunalen Zusammenarbeit über Kreisgrenzen hinweg“.

Gerhard Waldbauer

ANSPRECHPARTNER

(V.i.S.d.P.) Alfred Bachofer
Paul-Gerhardt-Straße 31
72622 Nürtingen
Fon (0 70 22) 47 09 09
Fax (0 70 22) 24 10 69
Mail A.Bachofer@gmx.net

GESTALTUNG

Wager Kommunikation GmbH
In der Halde 20
72657 Altenriet
Fon (0 71 27) 9 31 58 07
Fax (0 71 27) 9 31 58 08
www.wager.de